



Linus Schöpfer

Redaktor Kultur

@TA_Kultur folgen

«Das Boot war nicht voll»

Aktualisiert vor 23 Minuten **3 Kommentare**

Gestern präsentierte Sacha Zala neue Dokumente zur Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg. Heute spricht der Historiker über den dunklen August 1942, grosszügige Tessiner und einen hysterischen Bundesrat.



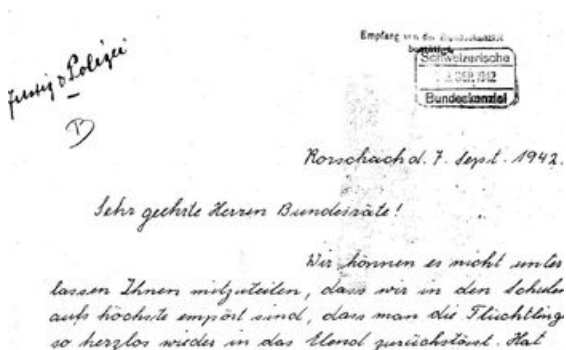
Kennzeichnete Juden als Nichtflüchtlinge: Judenstempel. (17. April 2007)

Bild: Keystone

Sie sagten gestern in der «Tagesschau», die Asylpolitik der Schweiz habe im Zweiten



Sacha Zala (*1968) ist Dozent an der Uni Bern und Leiter von Dodis.



«Sehr geehrte Herrn Bundesräte!»: Zu den erstaunlichsten Dokumenten auf Dodis.ch gehört der Brief einer Sekundarklasse an den Bundesrat, datiert auf den 7. September 1942. In ihrem Schreiben formulieren die Schüler in drastischen Worten das Unverständnis über die Grenzschiessung im August 1942 (hier der [Link zum Briefdokument](#)).

Das in Bern domizilierte Forschungsprojekt Dodis (Diplomatische Dokumente der Schweiz) wertet Papiere von und an die Schweizer Behörde systematisch aus. Ein beachtlicher Teil der Dokumente ist **online einsehbar**.

Artikel zum Thema

Bundesrat wusste seit 1942 von den Naziverbrechen

Teilen und kommentieren

Kriegszeiten über die richtigen Asylmassnahmen gestritten: Im Parlament wurde seitens einer beachtlichen Minderheit von Sozialdemokraten und einiger Liberaler heftig gegen die Flüchtlingspolitik des Bundesrats opponiert. Das zeigt etwa die Parlamentsdebatte im Herbst 1942.

Auch in der Bevölkerung waren kritische Stimmen nicht zu überhören, wie der Brief einer Rorschacher Sekundarklasse zeigt (siehe Box).

Dieser Brief zeigt, dass die Judenverfolgung der Schweizer Bevölkerung sehr wohl bekannt gewesen ist – wenn auch nicht in seinen schrecklichen Dimensionen, wie sie nach dem Krieg bekannt wurden. Bemerkenswert ist die Reaktion Bundesrats Eduard von Steigers, der völlig

Weltkrieg «deutlich rassistische Elemente» beinhaltet. Was meinen Sie genau damit?

Es handelt sich um einen längeren Prozess. Hitlers Regime trieb von der Machtergreifung an Menschen in die Flucht, man denke etwa an emigrierte Intellektuelle wie Thomas Mann. Der Anschluss Österreichs, die Reichsprogromnacht, der Angriff auf die Sowjetunion: die Eskalierung verlief in Etappen und trieb jeweils aufs Neue Menschen in die Flucht. Die Flüchtlingsdebatte in der Schweiz bewegte sich zunächst eher im Rahmen einer Debatte über Wirtschaftsflüchtlinge, enthielt aber parallel zur Entwicklung der internationalen Lage zunehmend einen rassistischen Charakter. Es ist dabei wichtig festzuhalten, dass das internationale Desinteresse an den Juden allgemein gross war und dass in den 30er-Jahren kein Land – selbst die USA nicht – für sie eintrat.

Was war das Spezielle am juristischen Status der Juden?

Die Juden galten in der Schweiz nicht als politische Flüchtlinge. 1938 wurde ein Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über die Einführung eines «J»-Stempels für die Kennzeichnung der Pässe deutscher Juden abgeschlossen. So beabsichtigte der Bundesrat die «Überfremdung» und «Verjudung» der Schweiz zu vermeiden.

Was passierte im August 1942?

Damals wurde die Schliessung der Grenzen beschlossen; später wurden die Auflagen wieder gelockert. Die Asylpolitik des Bundesrats war in dieser Zeit eine Stop-and-go-Politik, die verschiedene Handlungsspielräume eröffnete, welche wiederum unterschiedlich wahrgenommen wurden. Auch wurde bereits zu

überreagierte und die Mädchen vom Schulratspräsidenten verhören liess. Grund dafür war eine Passage, in denen die Mädchen die Frage aufwerfen, ob der Bundesrat nicht von den Nazis instruiert worden sei. Sie trafen damit den Bundesrat, der etwa in der Verdunkelungsfrage sehr wohl den Wünschen der Nazis nachgab, an einem wunden Punkt.

Hatten die Schweizer Behörden tatsächlich Angst davor, die Nazis zu vergrätzen? Verschärften Sie die Asylpolitik in vorseilendem Gehorsam?

Nein, das kann man nicht behaupten. Als Eduard von Steiger seinen Kollegen Pilet-Golaz fragte, ob ein solcher vorseilender Gehorsam eine Rolle spiele, antwortete dieser, das Gegenteil sei der Fall; die Deutschen würden eine liberalere Grenzpolitik der Schweiz befürworten.

Welche Stimmung dominierte unter den Schweizer Politikern, als im Osten die Schlacht um Stalingrad begann?

Es herrschte eine grosse Verunsicherung, damals konnte niemand wissen, welchen Verlauf der Krieg nehmen würde. Und wie immer, wenn Krieg herrscht, kursierten zahlreiche Gerüchte. So erreichten Bern bereits Ende 1941 verschiedene Nachrichten über Gräueltaten gegen Juden. Ab Spätherbst 1941 lieferte der Schweizer Konsul in Köln regelmässig Rapporte nach Bern. Aussagen deutscher Deserteure kamen hinzu. Mitte 1942 verdichteten sich die Informationen über die Vernichtung der Juden zunehmend zur Gewissheit: Bilder von Massen-Exekutionen von Juden erreichten die Schweizer Behörden.

Auf die Asylpolitik wirkte sich das aber offenbar nicht aus.

In der Verwaltung wurden diese Dokumente durchaus reflektiert, man kam allerdings zum Schluss: Es geht nicht anders, die Flüchtlingspolitik muss verschärft, die Grenzen müssen geschlossen werden. Im August 1942 prägte Bundesrat Eduard von Steiger dann auch den verheerenden Ausspruch «Das Boot ist voll».

Das war es nicht?

Nein. Dieser Diskurs beruhte auf falschen Annahmen. Die Ernährungslage der Schweiz war nicht katastrophal, wie es Steiger und andere Politiker behaupteten. Es ist allerdings auch zu betonen, dass es keine monolithische Schweizer Flüchtlingspolitik gab. Die Flüchtlingspolitik wurde an den verschiedenen Schweizer Grenzen sehr unterschiedlich ausgelegt. An der Südgrenze, im Tessin und in Graubünden also, herrschte ein deutlich weniger rigoroses Regime als an der Nordgrenze.

Die Kernfrage zum Schluss: Hat die Schweiz ihrer humanitären Tradition im Zweiten Weltkrieg Ehre gemacht?

Lassen Sie es mich so sagen: Die Schweiz hatte eine völkerrechtliche Verpflichtung für die Aufnahme von Militärpersonen. Dieser kam sie nach, sie nahm insgesamt über 100'000 Soldaten und Offiziere auf. In Bezug auf die Zivilpersonen bestand keine solche Verpflichtung; letztlich nahm sie zirka 50'000 Zivilpersonen auf im Verlauf des Krieges, davon 21'000 Flüchtlinge jüdischer Abstammung. Das sind die Fakten. Was man überdies sicherlich feststellen kann, und ich betone es nochmals: Die Annahme, dass die Versorgungslage derart dramatisch gewesen wäre, dass die Schweiz keine weiteren Flüchtlinge hätte aufnehmen können, war falsch.

(DerBund.ch/Newsnet)